

Wie gelingt die Wirtschaftswende?

CDU/CSU hat zu Expertenrunde in Sachen Wirtschaft eingeladen – wenig Lob, viel Kritik an aktueller Politik

Füssen – Ungewohnt dürfte der Briefkopf für einige der geladenen Gäste gewesen sein, denn als Absender stand darauf vor der CSU auch die CDU. Das war dem Umstand geschuldet, dass im Festspielhaus Neuschwanstein vergangenen Freitag der „Treffpunkt Fraktion“ beider Unionsparteien stattfand. Das Thema lautete „Wirtschaftswende jetzt – Deutschland muss wieder attraktiver werden“. Die Bundestagsfraktion wurde von Thorsten Frei, MdB und Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion repräsentiert. Durchs Programm führte MdB Stephan Stracke als stellvertretender Kreisvorsitzender der CSU-Ostallgäu. Im Rahmen einer offenen Gesprächsrunde äußerten vier Fachleute aus der Wirtschaft ihre Meinung zur aktuellen Wirtschaftslage und mögliche Antworten auf die Frage: „Welche Weichen muss Deutschland stellen, um wieder wirtschaftlich an Fahrt zu gewinnen und an die Spitze zurückzukehren?“

So könne es nicht weitergehen, erklärte Stracke gleich zu Beginn: „Letztes Jahr hatten wir ein Wachstumsdefizit, eine Rezession und dieses Jahr ein Mini-Wachstum.“ Für die Gesprächsrunde hatte der Kaufbeurer Politiker deshalb Vertreter der regionalen Wirtschaft geladen. Neben Johanna Eggenberger, Direktorin des Biohotels Eggenberger (Füssen), sprach Hans-Peter Rauch, Präsident der Handwerkskammer für Schwaben, Dr.-Ing. Albert W. Schultz, Ge-



MdB Stephan Stracke (CSU, v. l.), Hoteldirektorin Johanna Eggenberger, IHK-Präsident Reinhold Braun, HWK-Präsident Hans-Peter Rauch, Unternehmer Dr. Albert W. Schultz und der CDU-Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei.

Foto: Hegenbarth

schäftsführender Gesellschafter der Magnet-Schultz GmbH & Co KG und der Präsident der IHK Schwaben, Reinhold Braun.

Thorsten Frei hielt mit seiner Meinung nicht hinterm Berg und nannte Bundeskanzler Olaf Scholz den Manager des wirtschaftlichen Niedergangs. Zahlen zur Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands würden belegen, „dass wir die Dramatik der Lage noch nicht begriffen haben“, so Frei. Was daran liegen könnte, dass sich Deutschland in einer Wirtschaftskrise befände, die erstmals nicht mit einer Massenarbeitslosigkeit einhergehe. Frei sprach von schleichernder Deindustrialisierung. Auch an der Energie- und Steuerpolitik der Bundesregierung ließ der CDU-Politiker kein gutes Haar. Deutschland sei nicht konkurrenzfähig; einzig, wenn es um Regulierung und Bürokratie ginge, sei das Land stark. Dann

wiederum nahm er die Arbeitspolitik in den Blick. „Wir werden nicht mehr Wohlstand mit weniger Arbeit haben.“ Die Vier-Tage-Woche gehe in eine falsche Richtung. Zudem dürfe der Staat nicht weiter hinnehmen, dass vier von 5,5 Millionen Bürgergeldempfängern arbeitsfähig seien. Vor allem, da die Wirtschaft bei aktuell 1,8 Millionen freien Stellen jede Hand gebrauchen könne.

„Nullkommandu Interesse“

Dann bat Stracke zur Diskussionsrunde, nachdem er Regionalpolitiker, Bürgermeister und Vertreter regionaler Wirtschaftsverbände im Publikum begrüßt hatte. Angesprochen auf die Herausforderungen des Wirtschaftsstandorts, berichtete Reinhold Braun, Präsident der IHK Schwaben, von der jüngsten IHK-Umfrage: „Als größtes Risiko der Un-

ternehmen in Bayerisch-Schwaben werden im Augenblick die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen gesehen. Dieses Ergebnis hat es noch nie gegeben.“ Erst danach würden Rohstoffversorgung, Energiepreise sowie Arbeits- und Fachkräftemangel, aber auch die überbordende Bürokratie genannt. Und den Bundeskanzler interessiere das Thema Wirtschaft „wirklich nullkommandu“, monierte der IHK-Präsident.

Der Fach- und Arbeitskräftemangel betreffe die Hotellerie und Tourismusbranche besonders stark, wusste Hoteldirektorin Johanna Eggenberger aus eigener Erfahrung zu berichten: „Es gibt definitiv mehr offene Stellen als Bewerber.“ Statt in diesem Zusammenhang über das Thema Zuwanderung ausländischer Fachkräfte zu sprechen, sollte die Politik daran gehen, die Arbeitszeitmodelle anzupassen. Für die Mitarbeiter solle es sich finanziell lohnen, wenn sie bereit seien, mehr zu arbeiten. Arbeitszeitflexibilität sei gerade in der Gastronomie ein wichtiges Thema. Frei schlug vor, eine Wochen-Höchstarbeitszeit zu definieren. „Arbeitszeitbeschränkungen pro Tag sind einfach nicht zeitgemäß“, fügte er hinzu.

Sein Unternehmen sei breit aufgestellt, sagte Albert Schultz, klimaneutral, nachhaltiger und digitaler zu werden. „Aber Transformation braucht Zeit und darf niemanden überfordern“, erklärte der Unternehmenschef. „Was wir für einen

wirksamen Klimaschutz brauchen, ist Innovation, Marktöffnung und Technologieoffenheit statt Ideologie, Subventionen und Verbote.“ Schultz kritisierte, dass das Verbrennerverbot bis 2035 nicht zu schaffen sei, ohne Hunderttausende Arbeitsplätze zu vernichten. CDU-Politiker Frei schlug in dieselbe Kerbe.

Als Handwerkskammerpräsident und Metzgermeister fragte sich Hans-Peter Rauch, weshalb die Politik nichts dafür tue, Arbeit wieder attraktiv zu machen. Denn ohne Fachkräfte, ohne passende Nachfolger würden Handwerksbetriebe nach und nach aufgeben. Die Unternehmen, aber auch ganz Deutschland, brauche eine Vision, erklärte Schultz. „Nur so können wir es schaffen, ein Momentum zu erreichen.“

Von unangenehmen Wahrheiten sprach Unternehmer Schultz. „Weniger zu arbeiten und mehr zu verdienen, funktioniert nicht“, betonte er. Wir werden mehr arbeiten müssen, wir werden nicht das Weltklima retten können. Aber wir müssen unserer Wirtschaft weiter die Chance geben und durch Innovation, Marktwirtschaft und Technologieoffenheit das Land voranbringen.“

Eggenberger sah großen Bedarf an der Wertschätzung für Arbeitnehmer, aber auch fürs Unternehmertum. Respekt vor der Leistung, vor Unternehmern und dem gesamten Team sei der zentrale Punkt, pflichtete ihr Braun bei.

Selma Hegenbarth